

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Der rechtliche Rahmen genehmigungsbedürftiger Umwelt- nutzung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	17
---	-----------

Erstes Kapitel

Einleitung: Marktwirtschaftliche Instrumente und Gefahrenabwehr im Immissionsschutz	17
--	-----------

I. Der Gedanke eines Austauschs von Emissionsberechtigungen zwischen den Betreibern genehmigungsbedürftiger Anlagen	17
II. Defizite des Ordnungsrechts und marktwirtschaftliche Orientierung der Um- weltnutzung im Bundes-Immissionsschutzgesetz?.	21
III. Das begrenzte Sanierungsziel des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Be- reich anlagenbezogener Vorsorge	25

Zweites Kapitel

Die (ordnungsrechtliche) Kontrolle der Umweltnutzung durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz	26
---	-----------

I. Die Tradition des Polizeirechts und die sog. vorbeugende Gefahrenabwehr . .	26
1. Schädlichkeit i. S. der polizeilichen Generalklausel.	27
2. Die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts nach allgemeinem Polizei- recht	29
3. Verantwortung im Polizeirecht.	34
II. Sicherheitsstandard und Verantwortlichkeit nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG (mit §§ 6, 7, 48 BImSchG)	37
1. Schädlichkeit und Eintrittswahrscheinlichkeit im BImSchG	37
2. Der Anlagenbetreiber als potentieller Störer (Verhaltensstandard)	40
3. Zurechnung der Schädlichkeit und ihre Grenzen	44
a) Normative Zurechnung.	44
b) Grenzen der Zurechnung	46
III. Die Pflicht zur Vorsorge – Eine unvollkommene Rechtspflicht	51
1. Positive und negative Bestimmung des Vorsorgegebots.	51
2. Positive Strukturelemente der Vorsorgenormierung.	59

Drittes Kapitel

Die Pflicht des Anlagenbetreibers zur Luftreinhaltung und der verfassungsrechtliche Schutz seiner Emissionsbefugnis	63
I. Der Rechtsgrund von Umweltnutzungsbefugnissen	63
1. Die Freiheit des Betreibers und das "Recht auf Umweltverschmutzung". . .	63
2. Die Rechtsnatur von Umweltnutzungsbefugnissen und die Frage nach den Befugnisgrenzen	72
II. Die Rechtfertigung des Schutzgebots vor der Freiheit des Betreibers	75
1. Das Schutzgebot als gleichmäßiger Eingriff in die Berufsfreiheit	75
2. Die Pflichtenkonkretisierung durch Verwaltungsvorschriften und ihr ver- fassungsrechtlicher Rahmen	81
a) Bestimmtheit des Gesetzes und Bindungswirkung.	81
b) Die begrenzte Ermächtigung der §§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 48 Nr. 1 BImSchG .	84
III. Die Rechtfertigung des Vorsorgegebots vor der Freiheit des Betreibers	89
1. Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit der Ermächtigung	89
2. Charakter und Maßstab der einzelnen Vorsorgeanordnung	93

Viertes Kapitel

Die Rechtsstellung des Anlagenbetreibers und "wohlerworbene Emissionsrechte" – Das Problem des Bestandsschutzes	99
I. Freiheit der Betätigung und Schutz des wohlerworbenen Rechtsbestands (Be- standsschutz)	99
1. Bedeutung und rechtliche Grundlagen des Bestandsschutzes	101
a) Rechtsstaatliche Strukturen des Bestandsschutzes	101
b) Bestandsschutz als Schutz betätigten Vertrauens.	104
c) Der Schutz "wohlerworbener" rechtswidriger Erlaubnisse	112
2. Die rechtliche Bemessung des Vertrauensbetätigungsschutzes	113
3. Die grundrechtliche Absicherung des Vertrauensbetätigungsschutzes – Be- standsschutz als Eigentumsschutz?	116
II. Bestandsschutz nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	123
1. Materielle Betreiberpflichten und Einzelfallermächtigung.	123
2. Das Gebot verhältnismäßiger Durchsetzung der Grundpflichten gegenüber den Betreibern genehmigter Anlagen	128
3. Die abstrakt-generelle Anbindung der Einzelfallermächtigungen an die Ver- fassung	129
III. Nachträgliche Anordnung und Widerruf	132
1. Reichweite und Grenzen der nachträglichen Anordnung	132

a) Die Tatbestandsvoraussetzungen als Eingriffsgrenzen	132
aa) Immissionsabwehr	132
bb) Anlagenbezogene Vorsorge	142
b) Die Verhältnismäßigkeit als Rechtsfolgenbegrenzung	143
c) Anordnungen gegenüber rechtswidrig genehmigten Anlagen	149
2. Differenzierungen im Bestandsschutz gegenüber Schutz- und Vorsorgeanforderungen beim Widerruf	150
a) Die Änderung der Sachlage und die Situationsgebundenheit des Anlagenbetriebs	150
aa) Heranrücken schutzbedürftiger Nutzungen und Abwehrobliegenheit des Betreibers	151
bb) Die Änderung der Sachlage durch nachträglichen Erkenntnisgewinn	154
b) Die Änderung der Rechtslage	156
aa) Rechtsförmige Sanierungsmaßgaben im Vorsorgebereich und ihre Bedeutung für die Verhältnismäßigkeit	156
bb) Gesetzliche Grenzen der Sanierung im Bereich anlagenbezogener Vorsorge	161
c) Die Gemeinwohlklausel als Auffangtatbestand (§ 21 Abs. 1 Nr. 5 BImSchG)	163
aa) Die Abwehr erheblicher Gefahren	163
bb) Der Widerruf nach § 21 Abs. 1 Nr. 5 zum Zweck der Vorsorge	166

Zweiter Teil

Die Kompensation im Bereich der Luftreinhaltung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	169
---	-----

Fünftes Kapitel

Der gesetzliche Tatbestand der Kompensation	169
I. Der positive Begriff der Kompensation	169
1. Kompensationen in Erfüllung des Schutzgebots (Immissionsbereich).	169
a) Die Einhaltung der Schädlichkeitsgrenzen durch Ausgleichsmaßnahmen und deren Sicherung	169
b) Reduktionen des allgemeinen Schädlichkeitsstandards	173
c) Sanierungsklauseln	177
aa) Die Sanierungsklausel der Nr. 2.2.1.1 lit. b TA Luft	177
bb) Die Sanierungsklausel der Nr. 2.2.3.2 Satz 3 TA Luft	182
cc) Die Sanierungsklauseln des § 67a Abs. 2 BImSchG	186
2. Kompensation und Überkompensation im Emissionsverbund	189

a) Minimierung des Restrisikos durch Überkompensation im Emissionsbereich (Ausgleichsmaßnahmen zur Vorsorge)	189
b) Die Vorsorge-Kompensation als Sanierungsinstrument – absolute Ausschlußgründe	192
3. Das gesetzliche Konzept der Vorsorgekompensation	197
a) Die materiellen gesetzlichen Anforderungen an eine Überkompensation	197
aa) Die beiden Grundkonstellationen der verhältnismäßigen und der unverhältnismäßigen Vorsorge-Anforderung.	197
bb) Die Gleichbehandlung von geringfügigen Überschreitungen der Vorsorgeanforderungen (§§ 17 Abs. 3a i.V.m. 21 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG)	204
cc) Die Gleichbehandlung sämtlicher Fälle der gravierenden Überschreitung von Vorsorgeanforderungen	206
b) Rechtswidrig genehmigte Anlagen.	210
II. Die hoheitliche Sicherstellung der Kompensationsvereinbarung durch "Anordnung" und die Freiwilligkeit der überobligationsmäßigen Emissionsminderung	211
1. Unspezifische und spezifische Möglichkeiten der Durchsetzung	211
2. Die nachträgliche Anordnung als Sicherungsmittel	213
a) Die Verpflichtung der passiv beteiligten Anlage.	213
b) Das Verhältnis der Anlagen(betreiber) im Emissionsverbund – öffentlich-rechtlich gesehen	219
3. Die Sicherstellung durch Widerruf	221
III. Untergesetzliche Beschränkungen der Vorsorge-Kompensation.	223
1. Die gesetzliche Erweiterung der Kompensationsmöglichkeiten mit der Dritten Novelle und ihre Grenzen.	223
a) Die Grundtendenz: Erweiterung der Kompensationsmöglichkeiten	223
b) Gesetzliche Grenzen der Kompensation	223
c) Die Förderung des Gesetzeszwecks	225
2. Die Fortschreibung der TA Luft für die neuen Bundesländer.	227
a) Die Geltungsanordnung des § 67a Abs. 3 BImSchG – Normative Befristung, räumliche und stoffliche Beschränkung von Kompensationen.	227
aa) Die Befristung in der TA Luft	228
bb) Anforderungen an die örtlichen Immissionsverhältnisse.	229
cc) Das Erfordernis vergleichbarer Wirkung.	230
b) § 17 Abs. 3a BImSchG und das Kompensationskonzept für die neuen Bundesländer	231
c) Vergleichbarkeit der Wirkung – Ermächtigender und zwingender Charakter der Rechtsgrundlage	237

3. Das gesetzliche Verhältnis der Einzelfallermächtigung zu künftigen Kompensationskonzepten	239
a) Der tatbestandliche Vorrang des Kompensationskonzepts	239
b) Kompensationen im Rahmen gebietsbezogener Vorsorge als Ausnahme vom Sanierungskonzept?	242
c) Die Sicherung des konzeptionellen Vorrangs untergesetzlicher Sanierungs- und Kompensationsvorschriften.	244

Sechstes Kapitel

Rechtscharakter und verwaltungsdogmatische Strukturen der Kompensation 246

I. Die Kompensation als Formalisierung informellen Verwaltungshandelns	246
1. Rechtszwang und Freiwilligkeit als Wesensmerkmale der Kompensationsregelung.	246
2. Die Kompensation(svereinbarung) als Zweck und Mittel gesetzlichen Umweltschutzes	249
3. Die Kompensation als speziell geregeltes Austauschmittel	250
II. Der Anspruch "auf" Kompensation	252
1. Der Anspruch auf Kompensation als Genehmigungsanspruch im Geltungsbereich des Schutzprinzips	252
2. Der Anspruch auf Kompensation als Abwehranspruch im Bereich anlagenbezogener Vorsorge	253
a) Der Gegenstand des Kompensationsanspruchs	253
b) Der Kompensationsanspruch als Abwehranspruch.	254
3. Die Möglichkeit untergesetzlicher Ausgestaltung des Kompensationsanspruchs	254
a) Behördliches Ermessen und Anspruch auf Kompensation	254
b) Die Kompetenz der Verwaltung zur abstrakt-generellen Verkürzung des Kompensationsanspruchs	256
III. Die Rechtsschutzmöglichkeiten des kompensationswilligen Anlagenbetreibers	257
1. Der Rechtsschutz des Betreibers in Belastungsgebieten	257
a) Der Anspruch auf Genehmigung	257
b) Der Rechtsschutz gegenüber Gefahrenanordnungen	258
2. Der rechtliche Schutz des Kompensationsanspruchs im Bereich anlagenbezogener Vorsorge.	259
3. Der maßgebliche Entscheidungszeitpunkt	260
a) Der Anspruch auf (Änderungs-)Genehmigung in Belastungsgebieten	260
b) Die Gefahrenanordnung	261
c) Vorsorgeanordnung und Widerruf	264

Dritter Teil

Die rechtliche Zulässigkeit von Kompensationsregelungen 267*Siebtes Kapitel***Der rechtliche Schutz von Drittinteressen** 267

- I. Rechte Dritter als Grenze von Kompensationsregelungen 267
 - 1. Zur verfassungsrechtlichen Basis des Drittschutzes im Immissionschutzrecht 267
 - a) Schutznormtheorie und Schutzpflichtlehre 267
 - b) Verfassungsrechtlich fundierter Nachbarschutz als Abwehr staatlich auferlegter Duldungspflichten 270
 - c) Das System der Beschränkung von zivilrechtlichen Immissionsabwehransprüchen 272
 - aa) Die logisch sekundäre Beschränkung der punktuellen (zivilrechtlichen) Immissionsabwehr (§ 14 BImSchG). 272
 - bb) Die (logisch primäre) Beschränkung punktueller Abwehransprüche im Zivilrecht auf das Schutzniveau des öffentlichen Rechts (§ 906 Abs. 1 BGB n.F.). 273
 - cc) Anlagenbezogene Emissionsbegrenzungen als Domäne des öffentlichen Rechts. 275
 - 2. Der (verfassungsrechtlich gebotene) Umfang des Drittschutzes gegen schädliche Umwelteinwirkungen 276
 - 3. Die Durchsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs 279
- II. Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit von Kompensationsregelungen unter dem Aspekt des Drittschutzes 280
 - 1. Die allgemeine (untergesetzliche) Sanierungsklausel (Nr. 2.2.1.1 lit. b TA Luft). 280
 - 2. Die besonderen gesetzlichen Sanierungsklauseln, § 67a Abs. 2 BImSchG 282
 - a) § 67a Abs. 2 Nr. 1 BImSchG 282
 - b) § 67a Abs. 2 Nr. 2 BImSchG 283
 - 3. Schutz "durch Vorsorge" als Auslegungsproblem 285
- III. Rechtsschutzmöglichkeiten der Nachbarn 292

*Achtes Kapitel***Anforderungen aus Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes** 294

- I. Der Vorbehalt des verhältnismäßigen Gesetzes 294
 - 1. Immissionsabwehr – § 67a Abs. 2 BImSchG. 294
 - a) § 67a Abs. 2 Nr. 1 BImSchG 295

b) § 67a Abs. 2 Nr. 2 BImSchG	297
2. Die Minimierung des Restrisikos	299
a) Die Bestimmtheit der gesetzlichen Ermächtigung nach Art. 80 Abs. 1 GG	299
b) Kompensation im Emissionsbereich als Eingriff in die Freiheit des Begünstigten (Überkompensation)?	301
c) Verfassungsrechtliche Bindungen von Austauschverhältnissen (– das Koppelungsverbot)	303
II. Der Vorrang des Gesetzes und die Wesentlichkeitslehre	307
1. Der Umfang der Ausnahme	307
2. Die gesetzliche Erweiterung der Kompensationsmöglichkeiten	311
III. Bindung und Bindungswirkung untergesetzlicher Normierung	312
1. Unterschiede zwischen Immissions- und Emissionsbereich	312
2. Die Bindung an das Gesetz	313
3. Die Bindungswirkung der untergesetzlichen Kompensationsregelung	314

Neuntes Kapitel

Schluß	315
---------------	-----

Literaturverzeichnis	320
--------------------------------	-----